



**ÖSTERREICH SANIEREN.  
OHNE NEUE STEUERN!**



**BZÖ**

**GENUG  
GEZAHLT!**

**STABILITÄT. VERTRAUEN. VERLÄSSLICHKEIT. JOSEF BUCHER.**

**BZÖ**

**GENUG  
GEZAHLT!**

**KEINE  
NEUEN  
STEUERN!**

**IN** nicht einmal dreißig Jahren haben **ÖVP und SPÖ** auf völlig verantwortungslose Art und Weise einen **Schuldenberg von über 250 Milliarden Euro** angehäuft und jenes Geld verprasst, das unsere Kinder und Enkelkinder überhaupt erst verdienen müssen. **Josef Bucher hat immer wieder gewarnt:** Wenn das so weiter geht und wir mit dem Schuldenmachen nicht sofort aufhören, droht Österreich in eine Schuldenkrise zu geraten – mit fatalen Folgen für Wirtschaft, Wachstum und Arbeitsplätze.

Diese **Warnungen von Josef Bucher und dem BZÖ haben sich längst als richtig heraus gestellt:** Mittlerweile hat auch Österreich seinen hart erarbeiteten **Status als finanziell starkes und sicheres Triple-A-Land verloren**, womit massiv steigende

Zinszahlungen für immer neue Schulden, ein Einbruch der Wirtschaft, eine Explosion der Inflation und damit zusammenhängend, die Vernichtung von tausenden Arbeitsplätzen auf uns zu kommen. Nicht zuletzt auch deswegen, weil die gesamte Euro-Zone in einer immer schlimmer werdenden Schuldenkrise steckt, welche die Stabilität und Sicherheit unserer gemeinsamen Währung massiv gefährdet – bis hin zum mittlerweile nicht mehr auszuschließenden Ende des Euro, einer langsam aber stetig auf uns zukommenden, längeren und schweren Rezession und dem Zusammenbruch des geeinten Europa. Um diese Katastrophe zu verhindern und die rot-schwarze Bundesregierung zu Reformen und zum Sparen zu zwingen, hat das **BZÖ die Einführung einer Schuldenbremse vorgeschlagen** und den **sofortigen Austritt von Pleitestaaten wie Griechenland aus der Euro-Zone verlangt.**

The logo for the Austrian Freedom Party (BZÖ) is displayed on a white rectangular background with a slight drop shadow. It consists of the letters 'BZÖ' in a bold, white, sans-serif font, centered within a solid orange square.The slogan 'GENUG GEZAHLT!' is written in a bold, orange, sans-serif font. The text is contained within a white rectangular box that has a thick orange border, giving it the appearance of a stamp or a sticker.

6

**DIE** Mächtigen in Österreich und Europa machen aber das genaue Gegenteil und halten an ihrer falschen Politik fest: Die EU will, dass wir **noch mehr für Pleitestaaten zahlen und noch höhere Haftungen** eingehen. Und in Österreich wollen **ÖVP und SPÖ gemeinsam mit FPÖ und Grünen** die Schulden nicht durch Einsparungen und Reformen senken, sondern wieder einmal **ausschließlich Sie zur Kasse bitten: Durch Steuererhöhungen und neue Belastungen!** Für die ist die Schuldenbremse also nichts anderes als ein Steuerturbo! Und einer **Schuldenbremse als Steuerturbo kann und wird das BZÖ niemals zustimmen.**

Die Österreicherinnen und Österreicher gehören mit einer **Steuerquote von über 42 Prozent** nämlich bereits jetzt zu jenen Bürgern in Europa, die am meisten von ihrem erarbeiteten Einkommen in Form von Steuern und Abgaben an den Staat abliefern müssen. **Das BZÖ als Anwalt der Steuerzahler sagt: „Genug gezahlt!“ und lehnt die Einführung neuer Steuern sowie Steuererhöhungen entschieden ab.** Unser mittelfristiges Ziel ist vielmehr, die Steuer- und Abgabenquote auf unter 40 Prozent zu senken. Eine nachhaltige und dauerhafte Lösung der Schuldenkrise erreicht man unserer BZÖ-Überzeugung nach nur durch einen umfassenden und tiefgreifenden Reformprozess, der





**BZÜ**

**GENUG  
GEZAHLT!**

**GENUG  
GEZAHLT!**

## STABILITÄT. VERTRAUEN. VERLÄSSLICHKEIT. JOSEF BUCHER.

alle Bereiche in Politik, Staat und Verwaltung umfassen muss und nicht durch Steuererhöhungen und neue Steuern, die in ihrer aktuell oberflächlich und unseriös diskutierten Form unter dem Begriff **„Reichensteuern“ maximal einige hundert Millionen Euro** Erlösen und in Wahrheit nur den **Auftakt zu einer neuen Belastungswelle für den Mittelstand und der Leistungsträger dieses Landes** darstellen. Wir vom BZÖ warnen davor, dass man mit Steuererhöhungen und der Einführung von neuen Steuern die sich immer schneller drehende Schuldenspirale nicht stoppen wird, sondern vielmehr deren Beschleunigung bewirkt: Steuererhöhungen und neue Steuern führen nur zu noch weiter sinkender

Kaufkraft, einem zurück gehenden Konsum, weniger Wachstum und einer dadurch fortgesetzten Abschwächung der Konjunktur mit dem Effekt von weniger statt mehr Steueraufkommen und folglich am Ende einer Verstärkung der Schuldenproblematik durch eine sich fortsetzende Erhöhung der Staatsschulden. **Neue Steuern führen in Wahrheit also nur zu neuen Schulden!**

Wie man **Österreich** tatsächlich **sanieren** kann und das **ohne neue Steuern und noch höhere Belastungen, zeigt das BZÖ durch ein achttteiliges Maßnahmenpaket** auf den folgenden Seiten vor.

**BZÖ**

**GENUG  
GEZAHLT!**

**ÖSTERREICH  
SANIEREN.**

**IN** Übereinstimmung und im Einklang mit Rechnungshof, WIFO, OECD, EU-Kommission und IHS sind wir vom BZÖ der Überzeugung, dass die Sanierung Österreichs nur durch einen raschen, umfassenden und konsequenten Reformprozess in Politik, Staat und Verwaltung gelingen kann.

Der österreichischen Schuldenproblematik liegt ein **rot-schwarzes Ausgabenproblem** zugrunde, nicht fehlende Einnahmen. Diesem Prinzip des BZÖ folgend, bedeutet Österreich zu sanieren für uns **ausgabenseitig zu sparen** und zu **reformieren, anstatt einnahmenseitig weiter zu belasten**. Für das BZÖ besteht eine erfolgreiche Sanierung Österreichs aus folgenden acht Maßnahmen:

1. **Staats- und Verwaltungsreform**
2. **Reform des Pensionssystems**
3. **Reform des Gesundheitssystems**
4. **Reform des Förder(un)wesens**
5. **Privatisierung**
6. **Sparpaket für die Politik**
7. **Euro-Zahlungsstopp**
8. **Österreich investiert in Österreich**

**BZÜ**

**GENUG  
GEZAHLT!**



# 1. STAATS- UND VERWALTUNGSREFORM

Laut sämtlichen Experten liegt in einer umfassenden Staats- und Verwaltungsreform ein Potenzial zur Senkung der Staatsausgaben von mehreren Milliarden Euro. So berechnet das WIFO im Bereich der Verwaltung kurzfristige und sofort erzielbare Kostensenkungsmöglichkeiten von 1,1 Milliarden Euro und langfristig von mindestens 2,5 Milliarden Euro, andere Experten und Institutionen gehen von noch höheren möglichen Ausgaben-senkungen im Bereich von Staat und Verwaltung von bis zu 5 Milliarden Euro aus. Dazu gehört eine Deregulierung auf allen staatlichen Ebenen, eine Straffung der Behördenorganisation (beispielsweise die Verschlan-kung der aufgeblähten Verwaltung, etwa der 99 Bezirksverwaltungsbe-hörden, inkl. 15 Statutarstädte, die Zusammenlegung der Wetterdienste oder die Abschaffung völlig überflüssiger Behörden und Ämter wie der

Burghauptmannschaft), Verbesserungen im Gesetzgebungsprozess und eine Harmonisierung von Gesetzesbestimmungen, die Zusammenführung von Finanzierungs-, Ausgaben- und Aufgabenverantwortung (etwa bei den Landeslehrern oder im Bereich der Krankenanstalten), ein effizienteres Personalmanagement und die Flexibilisierung des Personaleinsatzes, Ausgliederungen und eine Generalreform des österreichischen Schul- und Bildungssystems mit einer Reduktion der Verwaltungs- und Kompetenzebenen. Weiters lassen sich allein im Bereich der jährlichen Gemeindeausgaben (Stichwort: Zusammenlegungen von Gemeinden mit weniger als 2.500 Einwohnern) zumindest 10 Prozent der gegenwärtigen Gesamtkosten von rund 15 Milliarden Euro, also 1,5 Milliarden Euro, an Einsparungen lukrieren.

# 2. REFORM DES PENSIONSSYSTEMS

Allein durch eine Harmonisierung der unterschiedlichen Pensions-systeme, die Abschaffung von Pensionsprivilegien, eine zügige Angleichung des unterschiedlichen Pensionsalters von Frauen und Männern sowie eine forcierte Heranführung des tatsächlichen an das gesetzliche Pensionsantrittsalter rechnet das IHS mit einem

jährlichen Einsparungspotential von rund 1,8 Milliarden Euro. Dieses Einsparungsziel muss nicht nur sozial verträglich und gerecht lukriert werden, sondern das Pensionswesen durch eine nachhaltige Systemreform, wie sie das BZÖ seit langem fordert (Stichwort: BZÖ-Pensionskonto), finanzierbar gemacht und gesichert werden.



**BZÜ**  
**GENUG  
GEZAHLT!**

### 3. REFORM DES GESUNDHEITSSYSTEMS

Gleiches gilt für das Gesundheitssystem, dessen jährliche Gesamtkosten von rund 30 Milliarden Euro an öffentlichen Mitteln laut WIFO-Berechnungen an Kostenreduzierungsmöglichkeiten allein durch Strukturreformen, Vereinheitlichungen (Stichwort: Zusammenlegung der 22 Sozialversicherungsträger) und tatsächlich

bedarfsgerechter Optimierungen ein Potenzial von jährlich etwa 4,5 Milliarden Euro beinhalten. (Nicht eingerechnet ist dabei das enorme volkswirtschaftliche Gewicht eines modernen, auf Prävention und Krankheitsvermeidung statt auf Behandlung ausgerichteten, modernen und zukunftsfähigen Gesundheitssystems.)

### 4. REFORM DES FÖRDER(UN)WESENS

Nach Berechnungen von WIFO und Statistik Austria betragen die Kosten der von Bund, Ländern und Gemeinden jährlich gewährten Förderungen und Subventionen gegenwärtig rund 18,5 Milliarden Euro, wobei in weiten Bereichen weder Sinnhaftigkeit noch Effizienz und Kontrolle über den Einsatz dieser Fördermittel gewährleistet sind. Das Einsparpotenzial durch Evaluierung und Optimierung des Subventions- und Förderwesens und der

Förderstruktur wird mit bis zu 5 Milliarden Euro jährlich beziffert, rund 10 Prozent der Gesamtausgaben, also knapp 2 Milliarden Euro, könnten mit sofortiger Wirksamkeit lukriert werden. Sogar im Bereich des Sozialwesens ist ohne Kürzungen im Kernbereich durch Effizienzsteigerung bei der Vergabe und der Beseitigung von Mehrfach- und Doppelförderungen eine Senkung der Ausgaben um rund 500 Millionen Euro machbar und möglich.

## 5. PRIVATISIERUNG

Eine echte Schuldenbremse unter Verzicht auf einnahmenseitige Belastungen verlangt den Abbau staatlicher Unternehmensbeteiligungen. Nach WIFO-Berechnungen würde eine auf die fünfundzwanzigprozentige Sperrminorität begrenzte Privatisierung der über die ÖIAG verwalteten Anteile an Post, OMV und Telekom sowie von

Energieversorgern (Bund und Länder), BIG und Bundesforsten 25 Milliarden Euro Erlösen. Zusätzlich notwendig und effizient ist ein budget- und defizitwirksamer Abbau der ausgelagerten Schulden bei den ÖBB durch eine Privatisierung jener Teile, die keine Einschränkung der infrastrukturellen Rahmenbedingungen bedeuten.

## 6. SPARPAKET FÜR DIE POLITIK

Nicht zuletzt kann und muss auch die Politik ihren Beitrag zur Senkung der Staatsschulden leisten und Sparwillen beweisen. Konkret mit bis zu 150 Millionen Euro durch eine Verschlinkung der politischen Entscheidungsgremien wie die Senkung der Zahl der Nationalratsabgeordneten, der Landtagsabgeordneten, die Verkleinerung der Landesregierungen, die Abschaffung des Bundesrates und die Abschaffung des teuren Amtes des Bundespräsidenten.

Zum Defizitabbau gehören auch eine Streichung der Mittel für Parteienförderung auf Bundes- und Landesebene im Gesamtvolumen von 105 Millionen Euro pro Jahr, eine Senkung der Repräsentationskosten (laut BZÖ-Anfragen um die 15 Millionen Euro), weniger Ausgaben für Werbung (laut BZÖ-Anfrage im Jahr 2010: 35 Millionen Euro) sowie eine Reduktion der Kosten für Berater, Reisen und überflüssige Sonderleistungen.

**BZÜ**

**GENUG  
GEZAHLT!**

GENUG  
GEZAHLT!





## 7. EURO-ZAHLUNGSSTOPP

Weitere wesentliche Voraussetzungen für eine ausgabenseitige Sanierung der österreichischen Staatsfinanzen sind unabdingbare Reformen im Zusammenhang mit den Zahlungen und Haftungen auf europäischer Ebene. Das BZÖ pocht auf einen Zahlungs- und Haftungsstopp für Euro-

Rettungsschirme und auf eine deutliche Senkung der österreichischen EU-Beiträge. Wir wollen, dass jede künftige Zahlung oder Haftung in diesem Zusammenhang einer verpflichtenden Volksabstimmung unterzogen wird. Gleiches gilt für nachhaltige Änderungen der EU-Verträge.

## 8. ÖSTERREICH INVESTIERT IN ÖSTERREICH

Österreichs Schulden wurden von ÖVP und SPÖ zu über 70 Prozent bei ausländischen Banken gemacht, was zur Folge hat, dass wir am Gängelband der internationalen Bankenkonzerne und der Rating-Agenturen hängen. Das BZÖ will daher nach japanischem Vorbild eine Förder-Initiative für den Kauf fair verzinsten österreichischer Staats-

anleihen durch österreichische Investoren und Unternehmen. Denn wenn Österreicher in Österreich investieren, verbleibt das Geld im eigenen Land und die Abhängigkeit vom Ausland und den Rating-Agenturen wird entscheidend reduziert.



STABILITÄT. VERTRAUEN. VERLÄSSLICHKEIT. **JOSEF BUCHER.**

**BZO**

**GENUG  
GEZAHLT!**



**Zukunftsakademie Österreich**

Volksgartenstraße 3/5 | 1010 Wien | Tel.: 01-524 06 53

Fax: 01-524 06 53-33 | [office@zaoe.at](mailto:office@zaoe.at) | [www.zaoe.at](http://www.zaoe.at)